

Verbindliche Erklärung zum Elterneinkommen zum Besuch einer Offenen Ganztagschule



Senne Gemeinde Hövelhof
Schloßstraße 14
33161 Hövelhof

1. Persönliche Angaben

Angaben zum Kind in der Offenen Ganztagschule		
Name	Vorname	Geburtsdatum
Offene Ganztagschule		Besuch ab
lebt <input type="checkbox"/> bei den Eltern – das Sorgerecht hat/haben <input type="checkbox"/> Mutter <input type="checkbox"/> Vater oder im Falle des Getrenntlebens der Eltern überwiegend/nur bei <input type="checkbox"/> der Mutter <input type="checkbox"/> dem Vater <input type="checkbox"/> beiden Elternteilen zu gleichen Teilen oder <input type="checkbox"/> bei einer/einem anderen Sorgeberechtigten oder <input type="checkbox"/> in Vollzeitpflege bei Pflegeeltern		
Angaben, falls ein weiteres Kind eine Offene Ganztagschule besucht		
Name	Vorname	Geburtsdatum
Offene Ganztagschule		Besuch ab
lebt <input type="checkbox"/> bei den Eltern – das Sorgerecht hat/haben <input type="checkbox"/> Mutter <input type="checkbox"/> Vater oder im Falle des Getrenntlebens der Eltern überwiegend/nur bei <input type="checkbox"/> der Mutter <input type="checkbox"/> dem Vater <input type="checkbox"/> beiden Elternteilen zu gleichen Teilen oder <input type="checkbox"/> bei einer/einem anderen Sorgeberechtigten oder <input type="checkbox"/> in Vollzeitpflege bei Pflegeeltern		

Angaben zum Vater / Pflegevater oder sonstigem Personensorgeberechtigten		
Name	Vorname	Geburtsdatum
Geburtsname	Familienstand	Staatsangehörigkeit
Anschrift (Straße, Hausnr., PLZ, Wohnort)		Telefonnummer
Arbeitgeber		ab/seit
berufstätig als <input type="checkbox"/> Arbeiter/Angestellter <input type="checkbox"/> Beamter/Richter/Soldat <input type="checkbox"/> Selbstständiger <input type="checkbox"/> geringfügig Beschäftigter <input type="checkbox"/> nicht berufstätig <input type="checkbox"/> Schulbesuch o.ä.		
Angaben zur Mutter / Pflegemutter oder sonstiger Personensorgeberechtigter		
Name	Vorname	Geburtsdatum
Geburtsname	Familienstand	Staatsangehörigkeit
Anschrift (Straße, Hausnr., PLZ, Wohnort)		Telefonnummer
Arbeitgeber		ab/seit
berufstätig als <input type="checkbox"/> Arbeiterin/Angestellte <input type="checkbox"/> Beamtin/Richterin/Soldatin <input type="checkbox"/> Selbstständige <input type="checkbox"/> geringfügig Beschäftigte <input type="checkbox"/> nicht berufstätig <input type="checkbox"/> Schulbesuch o.ä.		

2. Angaben zu weiteren Kindern, die mit dem / der / den Sorgeberechtigten in einer Haushaltsgemeinschaft leben

Name	Vorname	Geburtsdatum	Besuchte Einrichtung	Höhe des Elternbeitrages
Name	Vorname	Geburtsdatum	Besuchte Einrichtung	Höhe des Elternbeitrages
Name	Vorname	Geburtsdatum	Besuchte Einrichtung	Höhe des Elternbeitrages

3. Angaben zum Einkommen / Selbsteinschätzung

- Die zu berücksichtigenden Gesamteinkünfte der/des Personensorgeberechtigten (vgl. beigefügtes Informationsblatt) des letzten / des laufenden Kalenderjahres liegen nach meiner / unserer Einschätzung in folgender Einkommensgruppe (zutreffendes bitte ankreuzen):

- | | | |
|---|---|--|
| <input type="checkbox"/> 0,00 € - 25.000,00 € | <input type="checkbox"/> 25.001 € - 30.000 € | <input type="checkbox"/> 30.001 € - 35.000 € |
| <input type="checkbox"/> 35.001 € - 40.000 € | <input type="checkbox"/> 40.001 € - 45.000 € | <input type="checkbox"/> 45.001 € - 50.000 € |
| <input type="checkbox"/> 50.001 € - 60.000 € | <input type="checkbox"/> 60.001 € - 70.000 € | <input type="checkbox"/> 70.001 € - 80.000 € |
| <input type="checkbox"/> 80.001 € - 90.000 € | <input type="checkbox"/> 90.001 € - 100.000 € | <input type="checkbox"/> 100.001 € - 125.000 € |
| <input type="checkbox"/> über 125.000 € | | |

- Da mein / unser Jahresbruttoeinkommen über 125.000,00 € liegt, bitte/n ich / wir den höchsten Elternbeitrag festzusetzen und von einer jährlichen Einkommensüberprüfung abzusehen.

- Ich / wir erhalte/n

- Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch
- Leistungen nach dem dritten und vierten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch
- Leistungen nach den §§ 2 und 3 des Asylbewerberleistungsgesetzes
- Kinderzuschlag nach § 6a des Bundeskindergeldgesetzes
- Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz

und beantrage/n daher, mich / uns von der Kostenbeitragspflicht zu befreien.

Hinweis: Die Festsetzung des tatsächlichen Elternbeitrages erfolgt rückwirkend nach Einreichung der (Jahres-)Gehaltsabrechnungen oder der entsprechenden Bescheide.
Die Einkünfte werden für jedes Kalenderjahr getrennt berechnet und die Elternbeiträge auf Grundlage der ermittelten Einkünfte festgesetzt.

4. Erklärung

Mir / Uns – als Personensorgeberechtigte/r – ist bekannt, dass

- ich/wir verpflichtet bin/sind, einen Elternbeitrag zu entrichten und den jeweiligen Höchstbetrag zu zahlen, soweit ich/wir keine Angaben zur Einkommenshöhe mache/n oder die geforderten Nachweise nicht erbringe/n,
- aufgrund der Elternbeitragsprüfung, unvollständiger oder falscher Angaben oder nicht mitgeteilter Änderungen zu wenig gezahlte Beiträge umgehend nachzuzahlen sind,
- unrichtige und unvollständige Angaben als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße bis zu 1.000 Euro geahndet werden können.

Ich / Wir versichere / versichern, dass meine / unsere Angaben richtig und vollständig sind.

Das als Anlage beigefügte Informationsblatt ist Bestandteil der Verbindlichen Erklärung zum Elterneinkommen für Kindertageseinrichtungen. Die darin genannten Informationen nehme/n ich / wir zur Kenntnis.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift des/der Personensorgeberechtigten / des/der gesetzlichen Vertreter/s

**Zurück an:
Sennegemeinde Hövelhof, Hauptamt; Zimmer 19**

Informationen zur Offenen Ganztagschule

Dieses Informationsblatt ist zu Ihrer Verwendung und muss nicht zurückgesandt werden.



Elternbeitragsregelung

Gemäß § 90 des Sozialgesetzbuches VIII (SGB VIII) i. V. m. der „Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme von Kindern an einem außerunterrichtlichen Angebot in der Primarstufe der Sennegemeinde Hövelhof vom 13.12.2016 in der zurzeit gültigen Fassung vom 22.12.2020“ haben sich Eltern entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit an den Kosten einer Kinderbetreuung zu beteiligen (Elternbeitrag).

Wessen Einkünfte sind zu berücksichtigen?

- Lebt das Kind bei den Eltern bzw. mit beiden Elternteilen zusammen, so sind die gesamten positiven Einkünfte beider Elternteile maßgebend.
- Lebt das Kind bei nur einem Elternteil, so sind auch nur dessen Einkünfte maßgebend.
- Lebt das Kind bei Pflegeeltern, so treten diese an die Stelle der Eltern, wenn ihnen für das Kind der steuerliche Kinderfreibetrag gewährt oder das Kindergeld gezahlt wird.

Welche Einkünfte sind zu berücksichtigen?

Maßgeblich sind grundsätzlich die Einkünfte **eines jeden Kalenderjahres, in dem die Kinderbetreuung stattfindet (bei Einkommens-Veränderungen siehe Nr. 3)**. Berücksichtigt werden alle Einkunftsarten nach dem Einkommensteuergesetz:

- Anzurechnen sind die positiven Einkünfte aus Gewerbebetrieb, aus selbstständiger Arbeit, aus nichtselbstständiger Arbeit, aus Vermietung und Verpachtung, aus Kapitalvermögen, aus Land- und Forstwirtschaft sowie sonstige Einkünfte nach § 22 Einkommensteuergesetz. Ein Ausgleich mit Verlusten aus anderen Einkunftsarten und mit Verlusten aus zusammen veranlagten Ehegatten ist nicht zulässig. Dem Einkommen hinzuzurechnen sind auch Einkünfte aus geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen, eine Abfindung für den Verlust des Arbeitsplatzes, Unterhaltsleistungen von Privatpersonen (gleichgültig, ob diese zur Leistung verpflichtet sind oder freiwillig leisten), Zinsen und Dividenden. Hierbei ist es unerheblich, ob die Einkünfte steuer- oder sozialversicherungspflichtig sind oder nicht.
- **Auch öffentliche Leistungen** wie Sozialgeld, Krankengeld oder Konkursausfallgeld sind zu berücksichtigen. Bzgl. Arbeitslosengeld I und II oder Wohngeld siehe „Weitere Erläuterungen“.
- Es werden **grundsätzlich die Gesamtbruttoeinkünfte** zu Grunde gelegt. Nur die dazugehörigen **Werbungskosten sind abzuziehen**. Ist die Höhe der Werbungskosten noch nicht durch das Finanzamt festgestellt, so kann nur die nach dem Einkommensteuergesetz geltende Pauschale (1.230,00 €) zu Grunde gelegt werden.
- **Beamte, Richter, Mandatsträger und ähnliche Einkommensbezieher** haben ein geringeres Gesamtbruttoeinkommen als vergleichbare Arbeitnehmer. Aus diesem Grund werden 10 % der Einkünfte aus diesem Beschäftigungsverhältnis nach Abzug der Werbungskosten dem Einkommen hinzugerechnet.
- So genannte **Negativeinkünfte**, d. h. Verluste bzw. Werbungskostenüberschüsse, können nicht berücksichtigt werden. Es ist grundsätzlich ausgeschlossen, finanzielle Verluste aus einer Einkommensart, auch wenn diese dem Ehegatten zuzuordnen ist, von den übrigen Einkünften abzuziehen.
- Das Elterngeld nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) ist hinzuzurechnen. Bei Inanspruchnahme von Basiselterngeld ist ein Freibetrag von 300 € monatlich abzuziehen. Wird ElterngeldPlus in Anspruch genommen, beträgt der Freibetrag 150 € monatlich.

Was ist zu tun, wenn sich die laufenden Einkünfte verändern werden und sich dadurch die Zuordnung in eine andere Einkommensgruppe ergibt?

Die laufenden Einkünfte sind ab dem Monat der Einkommensveränderung unter Berücksichtigung von Einmalzahlungen wie z. B. Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld auf das laufende Jahr hochzurechnen. Denkbare Einkommensänderungen treten z. B. ein durch:

- Arbeitsaufnahme eines Elternteiles oder beider Elternteile, Arbeitsplatzwechsel, (außer-) tarifliche Einkommensänderung mit möglichem Wechsel der Einkommensgruppe, Arbeitslosigkeit, Arbeitsplatzverlust, Trennung der beitragspflichtigen Eltern, Geburt des 3. oder eines weiteren Kindes, Wegfall von Unterhalt o. ä.
- Änderungen der Einkommensverhältnisse, die zu einer Einstufung in eine höhere Einkommensgruppe führen können, sind unverzüglich mitzuteilen.

Welche Beträge sind von den Einkünften abzuziehen?

Neben den bereits erwähnten Werbungskosten sind die **Kinderfreibeträge ab dem dritten und für jedes weitere Ihrer Kinder** abzuziehen.

Die Zahl der gewährten Kinderfreibeträge können dem Einkommensteuerbescheid oder der Steuerkarte entnommen werden.

Welche Einkünfte sind nicht zu berücksichtigen?

Das **Kindergeld** nach den Vorschriften des Bundeskindergeldgesetzes gehört **nicht** zu den zu berücksichtigenden Einkünften.

Ebenso bleibt das **Baukindergeld** des Bundes sowie die **Eigenheimzulage** nach dem Eigenheimzulagengesetz außer Betracht.

Kostenbeitragstabelle Offene Ganztagschule

Gesamtbrutto des Kalenderjahres	Schuljahr 2024/2025 01.08.2024 - 31.07.2025		Schuljahr 2025/2026 01.08.2025 - 31.07.2026		Schuljahr 2026/2027 01.08.2026 - 31.07.2027	
	Monat	Jahr	Monat	Jahr	Monat	Jahr
	bis 25.000 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
bis 30.000 €	54,00 €	648,00 €	56,00 €	672,00 €	58,00 €	696,00 €
bis 35.000 €	63,00 €	756,00 €	65,00 €	780,00 €	67,00 €	804,00 €
bis 40.000 €	71,00 €	852,00 €	73,00 €	876,00 €	75,00 €	900,00 €
bis 45.000 €	79,00 €	948,00 €	81,00 €	972,00 €	83,00 €	996,00 €
bis 50.000 €	90,00 €	1.080,00 €	93,00 €	1.116,00 €	96,00 €	1.152,00 €
bis 60.000 €	107,00 €	1.284,00 €	110,00 €	1.320,00 €	113,00 €	1.356,00 €
bis 70.000 €	125,00 €	1.500,00 €	129,00 €	1.548,00 €	133,00 €	1.596,00 €
bis 80.000 €	143,00 €	1.716,00 €	147,00 €	1.764,00 €	151,00 €	1.812,00 €
bis 90.000 €	161,00 €	1.932,00 €	166,00 €	1.992,00 €	171,00 €	2.052,00 €
bis 100.000 €	178,00 €	2.136,00 €	183,00 €	2.196,00 €	188,00 €	2.256,00 €
bis 125.000 €	228,00 €	2.736,00 €	235,00 €	2.820,00 €	242,00 €	2.904,00 €
über 125.000 €	228,00 €	2.736,00 €	235,00 €	2.820,00 €	242,00 €	2.904,00 €

Weitere Erläuterungen

- Die Beitragsbefreiung für Geschwisterkinder gilt betreuungsformübergreifend für die Bereiche Kindertageseinrichtungen und Kinderbetreuung.
- Bei kombinierter Betreuung eines Kindes in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege wird der höhere Elternbeitrag erhoben.
- Auf Antrag des / der Sorgeberechtigten kann der Elternbeitrag nach Maßgabe des § 90 Abs. 4 SGB VIII ganz oder teilweise erlassen werden, wenn die Belastung den Eltern oder dem Kind nicht zuzumuten ist.
Nicht zuzumuten sind Kostenbeiträge immer dann, wenn Eltern oder Kinder Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Buch, Leistungen nach dem dritten und vierten Kapitel des Zwölften Buches oder Leistungen nach den §§ 2 und 3 des Asylbewerberleistungsgesetzes beziehen oder wenn die Eltern des Kindes Kinderzuschlag gemäß § 6a des Bundeskindergeldgesetzes oder Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz erhalten.
- Pflegeeltern, deren Einkünfte zu berücksichtigen sind, zahlen einen Elternbeitrag in Höhe der 2. Einkommensgruppe dieser Tabelle.

Folgende Informationen und Unterlagen werden zum Antrag sowie zur Verbindlichen Erklärung zum Elterneinkommen benötigt:

Grundsätzlich einzureichen sind:

- Kopien der Dezemberabrechnung des Vorjahres, sofern die Jahresbruttowerte ersichtlich sind.
- Kopien sämtlicher weitere Einkommensnachweise der/s Jahre/s in dem/denen die Kindertagespflege stattfindet, wie z.B.:
 - Elterngeldbescheid
 - Nachweis über Unterhaltszahlungen bzw. Unterhaltsvorschussleistungen
 - Nachweise über andere Einkünfte, wie beispielsweise Krankengeld oder Renten
 - Nachweise über die Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung, Kapitalvermögen, Land- und Forstwirtschaft

sowie bei einem Antrag auf Erlass des Kostenbeitrages (sofern entsprechende Leistungen gewährt werden)

- Bescheid der Agentur für Arbeit über die Höhe des Arbeitslosengeldes I (ALG I)
- Bescheid der Arbeitsgemeinschaft für Arbeit über die Höhe der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II (ALG II)
- Wohngeldbescheid
- Bescheid über Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
- Bescheid über Kinderzuschlag

(Bitte immer alle Seiten der Bescheide einreichen, nur Seite 1 ist nicht ausreichend!)

Bei weiteren Fragen wenden Sie sich bitte an:
Tel. 05257 / 5009 – 231
Zimmer 19 EG, Sennegemeinde Hövelhof